



2/2019

## ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

*Liebe Leserinnen und Leser,*

es ist geschafft. Seit dem letzten Wochenende liegt der Endbericht der sogenannten Kohlekommission auf dem Tisch. Die Kohleverstromung soll nach diesen Empfehlungen spätestens 2038 beendet werden. Ist dies nun ein gutes Ergebnis? Für die Menschen in der Lausitz gibt es nun erst einmal Klarheit. Innerhalb der nächsten 19 Jahre muss die Chance eines zukunftsorientierten Strukturwandels ergriffen werden. Auch die sächsische Landesregierung hat dies erkannt und stellt jetzt alle notwendigen Weichen. Gemeinsam kann dieses Werk gelingen. Es könnte sogar das Erfolgsmodell für andere Kohleregionen in Europa werden. Dies ist die gute Seite des Berichtes.

Auf der Negativseite stehen die Themen Versorgungssicherheit und Strompreisentwicklung. Weder kann die Kommission nachweisen, dass bei diesen Ausstiegsszenarien zu jeder Stunde im Jahr die Versorgung mit Strom gesichert ist. Noch macht sie sich ausreichend Gedanken über die Entwicklung der Strompreise wegen dieses vorgeschlagenen Ausstieges. Steuererhöhungen zur Kompensation steigender Preise in Anspruch zu nehmen, ist der einfachste Weg. Das lehne ich jedoch entschieden ab.

Natürlich, die Kommission ist eben eine Kommission und keine Regierung und auch kein Parlament. Deswegen ist sie frei im Unterbreiten von Vorschlägen. Genauso frei sind aber Regierung und Parlament, diesen Vorschlägen nicht oder nur zum Teil zu folgen. Daraus folgt: Die Diskussion wird jetzt öffentlich beginnen müssen. Ob die volkswirtschaftlichen Kosten der Vorschläge in einem akzeptablen Verhältnis zum Nutzen stehen, bezweifle ich sehr stark. Die Dunkelflaute in der letzten Woche hat uns wieder vor Augen geführt, auf welch riskanten Pfaden wir uns energiepolitisch heute schon bewegen.

Die Diskussion ist über den Abschlussbericht der Kohlekommission ist also nicht beendet, sie hat gerade erst begonnen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Wochenende.

Ihr

*Andreas Lämmels*

## DIE WOCHEN IM PARLAMENT

**Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus.** Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zum schnelleren Neubau und zur schnelleren Verstärkung von Stromleitungen wurde in erster Lesung beraten. So soll etwa ein vorzeitiger Baubeginn bei zu erwartender positiver Genehmigungsentscheidung erfolgen können. Entschädigungszahlungen der Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken werden bei Mehrkosten von 108 Millionen Euro vereinheitlicht. Darüber hinaus enthält der Entwurf Regelungen zur Einbindung von Erneuerbaren- und Kraft-Wärmekopplungs-Anlagen (KWK) in Fällen, in denen der Kraftwerkseinsatz auf Intervention des Netzbetreibers kurzfristig notwendig wird (sogenannter Redispatch), womit eine Stabilisierung der Stromnetze erreicht werden kann.

**HighTech-Strategie 2025.** Die High-Tech-Strategie bestimmt die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik. Mit der erneuerten High-Tech-Strategie greift die Bundesregierung die Schwerpunkte „Gesundheit und Pflege“, „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie“, „Mobilität“, „Stadt und Land“, „Sicherheit“ und „Wirtschaft und Arbeit 4.0“ als wichtige Zukunftsfragen auf. Im Rahmen dieser Ausrichtung sieht die Strategie auch Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowie in die Innovationsförderung vor. Sie soll auf diese Weise dazu beitragen, die Menschen auf die bevorstehenden Veränderungen durch den technologischen Wandel vorzubereiten.

**Arbeitsprogramm 2019 der Europäischen Kommission.** Wir debattierten das am 23. Oktober 2018 veröffentlichte Arbeitsprogramm mit dem Titel „Versprechen einlösen und unsere Zukunft gestalten“. Die Kommission unterrichtet darin über die von ihr geplanten Schwerpunktinitiativen und Rechtsakte bis zur Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2019 und über sechs neue Initiativen mit Zeithorizont bis 2025. Vorrangiges Ziel sei es, bis Mai die Arbeiten abzuschließen, die man zu Beginn der Amtszeit (2014-2019) zugesagt habe. Zudem legt die Kommission neue Initiativen vor, unter anderem in den Bereichen Migration, Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion und Gewährleistung der



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Rechtsstaatlichkeit. Mit Blick auf den bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU kündigt die Kommission an, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den EU-Besitzstand – ungeachtet des Ergebnisses der Austrittsverhandlungen – anzupassen.

**Brexit-Gesetz zu Übergangsregelungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit.** Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union entfallen auch die EU-weiten Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit nach den einschlägigen EU-Verordnungen. Das betrifft unter anderem Leistungen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit, Mutterschaft und Vaterschaft, aber auch Familien- und Rentenleistungen oder Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Damit im Falle eines unregelmäßigen Brexits für Deutsche im Vereinigten Königreich und Briten in Deutschland Rechtssicherheit besteht, beriet der Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf auf Initiative der Bundesregierung in erster Lesung.

**Brexit-Steuerbegleitgesetz.** Wir berieten außerdem in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der neben steuerlichen Fragen die Übergangsregelungen für Banken und Versicherungen nach dem Brexit regelt. Betroffen sind etwa Vorschriften des Umwandlungssteuer-, des Körperschaft- und des Einkommensteuerrechts. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erhält außerdem die Möglichkeit, Unternehmen mit Sitz im Vereinigten Königreich zu gestatten, ihr Bestandsgeschäft bis 2020 fortzuführen.

# JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2019

Die Bundesregierung hat in dieser Woche den Jahreswirtschaftsbericht 2019 vorgelegt. Die gute Nachricht: **Die deutsche Wirtschaft bleibt das zehnte Jahr in Folge auf Wachstumskurs.**

Die gute wirtschaftliche Lage zeigt sich besonders am Arbeitsmarkt. Mit 5,2 Prozent hat die Arbeitslosenquote bereits im Jahr 2018 den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. In diesem Jahr wird sie voraussichtlich weiter sinken auf 4,9 Prozent. Gleichzeitig soll die **Zahl der Beschäftigten auf 45,2 Millionen steigen.**

In der Folge nehmen auch die privaten Einkommen weiter spürbar zu. **Die Nettolöhne und -gehälter wachsen im Jahr 2019 um 4,8 Prozent. Das Wachstum kommt bei den Bürgern an.**

Die schlechte Nachricht: Die Aussichten gegenüber den Prognosen des Vorjahres haben sich eingetrübt. Denn die **Risiken für die deutsche Wirtschaft haben sich deutlich erhöht.** Weltweite Handelskonflikte und die Unsicherheiten des Brexit haben dazu geführt, dass auch die deutsche Wirtschaft in unruhigeres Fahrwasser geraten ist. Gerade unseren exportorientierten Familienunternehmen und mittelständischen Betrieben machen die Unsicherheiten zu schaffen.

**Weitere, langfristig angelegte Anstrengungen sind deshalb von Nöten,** um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Es geht vor allem um Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland, die Arbeitsplätze schaffen und junge Leute ausbilden. Unser Ziel muss es sein, diese weiter zu entlasten und so ein wichtiges wirtschaftspolitisches Signal zu setzen.

Die Bundesregierung will Unternehmen z.B. durch die **Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung** unterstützen. Durch die **schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlag** werden aber auch Bürgerinnen und Bürger entlastet. Und auch die Chancen der Digitalisierung sollen alle Menschen nutzen können. Wir als CDU/

CSU-Fraktion müssen den digitalen Wandel vorantreiben und Schlüsseltechnologien gemeinsam mit der Wirtschaft weiterentwickeln.

Auch mit Blick auf den von der **Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung** vorgelegten Abschlussbericht nehmen die Herausforderungen für die deutsche und insbesondere auch



				
<b>Digitale Kompetenz</b>	<b>Infrastruktur und Ausstattung</b>	<b>Innovation und digitale Transformation</b>	<b>Gesellschaft im digitalen Wandel</b>	<b>Moderner Staat</b>
Ins Wissen der Menschen investieren, vom Kindergarten bis ins Seniorenalter	Gigabitfähige Netze für Stadt und Land bis Ende 2025	Breite und branchenübergreifende Förderung der Industrie 4.0	Höhere Lebensqualität, mit Sicherheit	Alle Verwaltungsleistungen werden digital

Handlungsfelder der Strategie „Digitalisierung gestalten“, Quelle: Bundesregierung

die sächsische Wirtschaft eher zu- als ab. So ist noch völlig unklar, wie der Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen finanziell gestemmt werden soll. Im Abschlussbericht finden sich lediglich Vorschläge dazu. Die Bundesregierung muss nun sehen, was sie aus den Empfehlungen der Kommission macht. Auch wird sich erst mit dem im Jahr 2023 zu erwartenden Energieengpass und den dann folgendem Strompreisanstieg zeigen, wie realistisch die Vorschläge sind. **Grundsatz muss weiterhin sein, dass Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit des Industriestandortes Deutschland nicht gefährdet werden dürfen.**

## BEGEGNUNGEN



Auf Einladung der **Konrad-Adenauer Stiftung** habe ich am **Expertenworkshop „Migrationspartnerschaften“** in Ghana teilgenommen. Unter anderem habe ich das Migrationsberatungszentrum in Accra besucht. Neben Angeboten für Rückkehrer informieren die Mitarbeiter auch die lokale Bevölkerung über Beschäftigungsmöglichkeiten im eigenen Land. Und so standen dann auch die wirtschaftliche Entwicklung, Berufsausbildung sowie die afrikanische Startup-Szene im Mittelpunkt der Gespräche. Ich konnte mir wieder einmal einen guten Einblick in die Situation vor Ort verschaffen und nehme diesen in die Arbeit des AK Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit.



Beim **55. Kreisparteitag der CDU Dresden** berichte ich über die **Ergebnisse der Kohlekommission**. Grundsätzlich kann ich mit dem Ergebnis leben. In Sachsen soll 2038 das letzte Braunkohlekraftwerk vom Netz gehen. Bis dahin besteht eine gute Chance, den Strukturwandel zu gestalten, wenn es bei den

finanziellen Zusagen bleibt. Die Diskussion wird aber auch über die Kommission hinaus zu führen sein.



In dieser Woche stand die **Handelspolitik im Fokus** gleich zweier Veranstaltungen. Unter dem Titel „China – Verlässlicher Partner auf Augenhöhe oder drohende Gefahr für den Westen?“ widmete sich die **dritte handelspolitische Runde** dem „Reich der Mitte“. In der Diskussionsrunde wurde klar, dass wir eine enge Partnerschaft mit China wollen, aber Abhängigkeiten vermeiden werden. Zuvor ging es beim **Beirat Welthandel** um die Frage "Welthandelsorganisation -Wie weiter?". Dabei kam ich mit den Diskussionsteilnehmern zu dem Schluss, dass eine Reform der WTO dringend notwendig ist. Denn vor dem Hintergrund der Diskussionen um Schutzzölle ist sie die letzte Instanz des auf festen Regeln basierenden Welthandels. Und davon profitiert nicht zuletzt auch Deutschland.

### TERMINE

02.-09.02.2019, Angola und Botswana  
Reise mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie

12.02.2019, Berlin  
Mittagessen mit Delegation aus Angola

13.02.2019, Berlin  
Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

13.02.2019, Berlin  
Podiumsdiskussion Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

15.02.2019, Berlin  
Gesprächskreis Braunkohle

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb